

Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die letzte Sitzungswoche des Jahres hielt noch einmal wichtige Themen und Beschlüsse bereit. So hat die Koalition mit ihrer Mehrheit die Gas- und Strompreisbremse beschlossen. Auch wenn das Gesetz zahlreiche Mängel aufweist, ist es erfreulich, dass die Koalition dem Vorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gefolgt ist und nun auch Verbraucher, die Heizöl oder Pellets nutzen, entlastet wird. Die Umsetzung durch die Länder ist zwar noch in weiten Teilen unklar, dennoch ist diese Maßnahme richtig.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine schöne restliche Adventszeit und ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest. Kommen Sie gut in das neue Jahr und alles Gute für 2023!
Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

A1-Lückenschluss in Gefahr

Die Bundesverkehrswege sind das Rückgrat der deutschen Infrastruktur. Die Entscheidung darüber, wie sich das deutsche Verkehrsnetz weiterentwickeln soll, wird im Zuge des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) vom Deutschen Bundestag getroffen. Der aktuelle BVWP gilt noch bis zum Jahr 2030, nach langer politischer Debatte hat man sich auf zwei Grundsätze geeinigt. Erstens: Der Substanzerhalt des Netzes hat Vorrang vor dem Ausbau. Zweitens: Dort, wo ein Bedarf nachgewiesen ist, soll nach wie vor ein punktueller Ausbau des Netzes möglich sein. Dieser Konsens ist nun in Gefahr.

Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung heißt es, dass in einem „Dialogprozess“ die „Prioritäten bei der Umsetzung des geltenden Bundesverkehrswegeplans“ auf den Prüfstand gestellt werden sollen. Das Ergebnis dieser Prüfung, die vergangene Woche unter Beteiligung von mehr als 160 Verbänden im Bundesverkehrsministerium begonnen hat, nimmt der Koalitionsvertrag bereits vorweg: Der aktuelle BVWP 2030 solle vorzeitig durch einen neuen „Bundesverkehrswege- und mobilitätsplan 2040“ ersetzt werden.

Für die Grünen ist jede Straße, die gebaut wird, eine Straße zu viel. Ob diese Straße dazu beiträgt, als Ortsumgehung Verkehr aus Innenstädten herauszuhalten oder Einwohner von Straßenlärm zu verschonen, ist dabei zweitrangig. Indem die Ampelregierung den BVWP 2030 infrage stellt, stellt sie jedes Einzelprojekt des Plans infrage. Hierzu zählt auch der A1-Lückenschluss, für deren Aufnahme in die höchste Kategorie des BVWP ich lange gekämpft habe.

Bei der Bundesverkehrswegeplanung geht es primär um einen sicheren und reibungslosen Verkehrsfluss. Auch nachhaltige Verkehre und emissionsarme Fahrzeuge sind auf bedarfsgerecht ausgebaute Infrastrukturen angewiesen. Innerhalb der Bundesregierung ist indes ein offener Streit über die Deutung des Koalitionsvertrages ausgebrochen. Während die FDP den Bau von Straßen beschleunigen möchte, möchten die Grünen alle Straßenprojekte einem Klimacheck unterziehen und stoppen. Bundesverkehrsminister Wissing, der als rheinland-pfälzischer Verkehrsminister den langjährigen Stillstand beim A1-Lückenschluss selbst verantwortet, muss dringend für Klarheit sorgen, wie es mit den Straßenprojekten des BVWP weitergeht.

Hintergrund: Mit dem Bundesverkehrswegeplan (BVWP) beschließt der Deutsche Bundestag den Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen, Schienenwegen und Wasserstraßen in Deutschland. Die Bundesverkehrswegeplanung ist langfristig angelegt, der aktuelle BVWP läuft von 2016 bis zum Jahr 2030. Er wurde nach wissenschaftlichen Methoden und unter Beteiligung der Öffentlichkeit erstellt und im Dezember 2016 vom Deutschen Bundestag demokratisch beschlossen.

Rede zur Reform der Geschäftsordnung des Bundestages

Als das einzige Verfassungsorgan, das unmittelbar vom Volk gewählt wird, nimmt der Bundestag eine zentrale Rolle in unserer Demokratie ein. Der Bundestag sollte daher ein Ort sein, an dem spannende und lebhaft politische Diskussionen über die Fragen, die das Land beschäftigen, stattfinden. Viele Bürger empfinden die Abläufe im Bundestag jedoch als langatmig und wenig erkenntnisreich. Dies wollen wir ändern. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert daher in ihrem Antrag, den Plenarbetrieb zu modernisieren und die Geschäftsordnung des Bundestages auf den Prüfstand zu stellen. Welche Vorschläge wir für einen modernen Bundestag haben und warum die Vorschläge der Ampel das Ziel verfehlen, habe ich in meiner Rede deutlich gemacht. Zur Rede: https://www.youtube.com/watch?v=o-7OidmtNAM&feature=emb_logo

Özdemirs Tierwohl-Label erntet Kritik von allen Seiten

Die Pläne des grünen Landwirtschaftsministers führen nicht zu mehr Transparenz für die Verbraucher. Zudem benachteiligen sie unsere heimischen Landwirte in inakzeptabler Weise gegenüber ausländischen Produzenten. In dieser Woche haben wir den Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Tierhaltungskennzeichen in erster Lesung im Bundestag beraten.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht die Einführung einer verbindlichen Haltungskennzeichnung bei tierischen Lebensmitteln ab Sommer 2023 vor. Sie soll Auskunft über die Haltungform der Tiere geben. Die Kennzeichnung soll zunächst nur für frisches und abgepacktes Fleisch von Mastschweinen gelten, die in Deutschland gehalten worden sind. Die Einstufung der Lebensmittel soll anhand der Haltung der Tiere in der Mast erfolgen. Für frisches Schweinefleisch aus dem Ausland soll die Möglichkeit zur freiwilligen Teilnahme bestehen.

Die Pläne der Ampel kommen einer Irreführung der Verbraucher gleich. Indem das Tierwohl-Label die Bereiche Ferkelerzeugung, Aufzucht, Transport und Schlachtung nicht berücksichtigt, kann beispielsweise ein im Ausland betäubungslos kastriertes Ferkel importiert werden und dennoch die höchste Haltungskennzeichnung erhalten. Problematisch ist zudem, dass die Kennzeichnung nicht für verarbeitete Produkte und die Gastronomie gilt. Die Verbraucher haben von dem Vorschlag von Minister Özdemir nichts, der deutschen Landwirtschaft beschert er hingegen einen erheblichen Wettbewerbsnachteil.

Ungewöhnlich ist, dass sich sowohl der Deutsche Tierschutzbund als auch der Bauernverband und der Bundesrat gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung ausgesprochen haben. Kritik entzündet sich dabei auch an dem Umstand, dass der Gesetzentwurf keine systematische Überwachung der Kennzeichnungspflichten durch die zuständigen Behörden vorsieht. Der Bundesrat plädiert zudem dafür, etablierte private Kennzeichnungssysteme wie die „Initiative Tierwohl“ in die staatlichen Pläne einzubinden.

Die vehemente Kritik am Gesetzentwurf zeigt, dass dem grünen Landwirtschaftsminister beim Tierwohl-Label kein großer Wurf gelungen ist. Ein ganzheitliches Konzept sieht anders aus. Als Unionsfraktion werden wir uns im parlamentarischen Verfahren für Verbesserungen im Sinne von Verbrauchern und Landwirten einsetzen. Das bedeutet für uns, dass neben einer Haltungskennzeichnung zugleich eine umfassende Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel tierischen und pflanzlichen Ursprungs kommen muss.

517.500 Euro vom Bund für die Sanierung der Turnhalle in Wolsfeld

Tolle Nachrichten für Wolsfeld. Die Ortsgemeinde im Bitburger Land erhält eine Bundesförderung zur Sanierung ihrer Turnhalle. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seiner Sitzung am Mittwoch 517.500 Euro für die Sanierung freigegeben. Ich freue mich sehr, dass es erneut gelungen ist, eine derart großzügige Förderung des Bundes für ein Projekt in meinem Wahlkreis zu bekommen.

Mit den Geldern aus dem Bundesprogramm zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur sollen der Brandschutz, die Akustik und die Barrierefreiheit der Turnhalle auf den aktuellen Stand der Technik gebracht werden.

Debatte zu Ermittlungen gegen Reichsbürger

Der Deutsche Bundestag hat sich in dieser Woche intensiv mit den Erkenntnissen aus der bundesweiten Razzia gegen eine Terror-Gruppe aus der Reichsbürger-Szene befasst. Am Montag kamen sowohl der Rechts- als auch der Innenausschuss und das Parlamentarische Kontrollgremium zu einer Sondersitzung zusammen. Am Mittwoch befasste sich das Plenum, ebenfalls auf Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Rahmen einer aktuellen Stunde mit den Vorkommnissen.

Die Berichte der Sicherheitsbehörden sind alarmierend. Auch wenn bislang kein Hinweis bekannt ist, dass ein versuchter Staatsstreich unmittelbar bevorstand, ist die Bedrohung wegen des Zugangs der Gruppe zu Waffen und der hohen Gewaltbereitschaft der Beteiligten sehr ernst zu

nehmen. Die Mitgliedschaft einer ehemaligen Bundestagsabgeordneten der AfD ist ein weiterer Beleg für die Radikalisierung der Partei in den vergangenen Jahren. Die Entscheidung des Verfassungsschutzes, die Partei als Verdachtsfall einzustufen, erweist sich erneut als richtig.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erwartet von der Bundesinnenministerin klare Aussagen, welche Schlussfolgerungen sie aus den aufgedeckten Umsturzplänen rechtsextremer Reichsbürger zieht und welche Maßnahmen nun ergriffen werden. Die Antwort kann dabei nicht in einer pauschalen Verschärfung des Waffenrechts liegen, unter der vor allem Sportschützen und Jäger leiden würden. Die bestehenden Regelungen müssen zunächst konsequent umgesetzt werden.

50 Jahre Bundestagsabgeordneter

Bundestag würdigt Dr. Wolfgang Schäuble

Seit dieser Woche ist Dr. Wolfgang Schäuble seit 50 Jahren Mitglied des Deutschen Bundestages. Auch wenn er vielen Bürgern vor allem für seine Tätigkeiten in der Bundesregierung - als Chef des Bundeskanzleramts, Innenminister oder Finanzminister - bekannt ist, so hat er über fünf Jahrzehnte als leidenschaftlicher Parlamentarier auch die Arbeit im Deutschen Bundestag geprägt. Während seiner Amtszeit als Bundestagspräsident durfte ich als Parlamentarischer Geschäftsführer vertrauensvoll mit ihm zusammenarbeiten.

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird er geschätzt für seine scharfen Analysen, seinen reichen Erfahrungsschatz und seinen christlichen Kompass. In seine 50 Jahre als Abgeordneter fallen historische Erfolge ebenso wie große persönliche Prüfungen. Sein Markenzeichen war und ist es, niemals aufzugeben.

Für seine Leistungen und seinen Platz als der inzwischen dienstälteste Abgeordnete in der Geschichte deutscher nationaler Parlament spreche ich Dr. Wolfgang Schäuble meine höchste Anerkennung aus.

Die Woche im Wahlkreis

Ich freue mich, Ihnen auch in dieser Ausgabe meines Newsletters wieder einen kleinen Einblick in meine Arbeitswoche im Wahlkreis geben zu dürfen.

Die Weihnachtsfeier beim DRK-Ortsverein Arzfeld war eine schöne Gelegenheit, den Helferinnen und Helfern und allen, die sich in der Rot-Kreuz-Arbeiten engagieren, Danke zu sagen. Zudem stand die Vollversammlung der Handwerkskammer Trier auf dem Programm. Das Team von Kinderlachen e.V. in Wolsfeld hat mir einen Einblick in ihr tolles Angebot an inklusiven Jugendreisen und -freizeiten gegeben. Am Regino-Gymnasium in Prüm habe ich mich mit den 6. Klassen über das Thema Kinderrechte ausgetauscht. Sehr gefreut habe ich mich über das Antragen der Schirmherrschaft für das 50-jährige Jubiläum des Schachclubs Jünkerath.

Impressum gem. § 5 TMG :
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 71884
E-Mail: patrick.schnieder@bundestag.de